

Stadt	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Herr Frank Bandel
 Frau Silke Wilts
 Herr Eugen Lenz
 Herr Denis Osmann
 Herr Andreas Völker
 Frau Kirsten Bohnes
 Herr Jürgen Bunk
 Herr Hermann Wischermann
 Herr Helmut Brodrick
 Herr Thorsten Kamps
 Herr Ulrich Real
 Herr Bülent Sahin
 Herr Axel Scherer
 Herr Eidam für Herr Sven Pascheberg
 Frau Birgit Axt
 Herr Tim Heinzen
 Herr Ralf Schindelasch
 Herr Uwe Lindackers
 Herr Michael Hake
 Herr Hoff für Herr Roman Müller-Böhm
 Frau Dr. Rohde für Frau Maria Grothe

Abwesende

Herr Georgis Schmidt
 Herr Roman Müller-Böhm
 Herr Sven Pascheberg
 Frau Maria Grothe
 Herr Guido Horn
 Herr Yakup Sunar

Verwaltung/ Gäste

Herr Ralf Gülden-zopf Stadtentwicklung	Dezernent des Dezernates 0, Strategische Planung und
Herr Dr. Thomas Palotz Mobilität und Umwelt	Beigeordneter des Dezernates 5, Stadtplanung, Bauen,

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Frau Dana Scheer	Schriftführerin, Dezernat 5, Stadtplanung, Bauen, Mobilität und Umwelt
Herr Sven Laakmann	Fachbereichsleiter 5-1-40 Planungsrecht und Verfahren
Frau Petra Oehlandt	Fachbereichsleiterin 5-6-30 Erschließung und Beiträge
Herr Tobias Henrix	CDU-Fraktion
Herr Jochen Sander	StOAG

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Formelle Feststellungen und Hinweise

- 2 Berichterstattung über wesentliche städtebauliche und stadtpolitisch wichtige Planungen

- 3 Bauleitplanung
 - 3.1 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

 Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 55 BO - Dietrich-Benking-Straße Ost - in Bochum
 Vorlage: B/17/3036-01

 - 3.2 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

 Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung sowie Feststellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 48 MH - Sport- und Freizeitanlagen Uhlenhorstweg - in Mülheim an der Ruhr
 Vorlage: B/17/3038-01

 - 3.3 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

 Auslegungsbeschluss für das Änderungsverfahren 46 E - Bottroper Straße/Hilgerstraße (Thurmfeld) -
 Vorlage: B/17/3039-01

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

- 3.4 Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen
- Auslegungsbeschluss für das Änderungsverfahren 53 GE - Gewerbepark Schalke-Nord - in Gelsenkirchen
Vorlage: B/17/3040-01
- 3.5 Bebauungsplan Nr. 56 - Königshardt -
Einleitender Beschluss zur teilweisen Aufhebung des Bebauungsplans
Vorlage: B/17/2805-01
- 4 Änderungen der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates und für die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/17/2809-01
- 5 Anträge
- 5.1 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt:
Mitzeichnung des Positionspapiers der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“
Vorlage: A/17/3096-01
- 5.2 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN und Die LINKE.LISTE gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Anmeldung Wattbewerb
Vorlage: A/17/3120-01
- 5.3 Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Sachstandsbericht „Entsiegelungsoffensive“
Vorlage: A/17/3166-01
- 5.4 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Betankung städtischer Fahrzeuge mit alternativen Kraftstoffen (wie zum Beispiel HVO-100 – „Hydrotreated Vegetable Oil“)
Vorlage: A/17/3168-01
- 5.5 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Gestaltungssatzung für die Markt- und Elsässer Straße
Vorlage: A/17/3197-01

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

- 5.6 Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt:
Sachstand zum Umbau der Haltestelle „Wehrstraße“ zu einer Mobilstation
Vorlage: A/17/3193-01

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Formelle Feststellungen und Hinweise

Der Vorsitzende **Herr Bandel** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, Vertreter/innen der Verwaltung sowie die Gäste.

Herr Bandel stellt fest, dass die Tagesordnung und Nachtragstagesordnung form- und fristgerecht zugegangen sind.

Herr Bandel fragt nach, ob sachkundige Bürger*innen ein Ratsmitglied vertreten. Das ist nicht der Fall. Für die heutige Sitzung hat sich **Herr Müller-Böhm** (Vertretung **Herr Hoff**), **Herr Pascheberg** (Vertretung **Herr Eidam**) und **Frau Grothe** (Vertretung **Frau Dr. Rohde**) entschuldigt.

Abschließend stellt **Herr Bandel** die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.01.2022 bestehen nicht.

2. Berichterstattung über wesentliche städtebauliche und stadtpolitisch wichtige Planungen

Herr Dr. Palotz und **Herr Laakmann** berichten:

In einem Normenkontrollverfahren hat das Oberverwaltungsgericht NRW am 27.02.2023 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27 - Brammenring - (VBB 27) auf Antrag der Stadt Bottrop für unwirksam erklärt. Die ebenfalls in diesem Gerichtstermin verhandelte Klage der Stadt Bottrop gegen den durch die Stadt Oberhausen erteilten bauplanungsrechtlichen Vorbescheid für einen Sportfachmarkt hat das Oberverwaltungsgericht demgegenüber im Berufungsverfahren abgewiesen. Im Berufungsverfahren wurde jedoch der Bebauungsplan Nr. 465 - Gelände des ehemaligen Stahlwerkes Ost - sowohl in seiner Ursprungsfassung als auch in seiner Fassung der 1. Änderung als inzident unwirksam angenommen, da das Gericht hier u.a. von einem „unbeplanten Innenbereich“ für das Vorhabengrundstück ausgeht. Für das über den „Masterplan Neue Mitte“ verfolgte städtebauliche Konzept für das ehemalige Stahlwerksgelände Ost dürften sich nach erster Einschätzung der Planungsverwaltung keine gravierenden Probleme ergeben - Das derzeit noch weitgehend unbebaute Areal im Westen des ehemaligen Stahlwerksgeländes dürfte sich „masterplankonform“ grundsätzlich auch nach § 34 BauGB entwickeln lassen und für die im östlichen Bereich geplante Wohnbebauung ist ohnehin die Neuaufstellung eines qualifizierten Bebauungsplans erforderlich. Aus der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes 2022 heraus ergeben sich mittelbare Folgen, da für das derzeit noch weitgehend unbebaute Areal im Westen des ehemaligen Stahlwerksgeländes im Anwendungsbereich des § 34 BauGB eine konzeptkonforme Entwicklung des „Sonderstandortes Brammenring“ potentiell tangiert werden könnte. Unmittelbare Auswirkungen der Rechtsprechung vom 27.02.2023 auf den derzeit im Aufstellungsverfahren befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 28 - XXXL Lutz -, die insbesondere zu einer merklichen Verfahrensverzögerung führen würden, dürften nicht zu er-

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

warten sein.

3. Bauleitplanung

3.1. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

Aufstellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 55 BO - Dietrich-Benking-Straße Ost - in Bochum
Vorlage: B/17/3036-01

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/3036-01 gegen die Stimmen der Linken Liste Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion die Grünen und der AfD-Fraktion zustimmend vor.

3.2. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

Abwägungsbeschluss über die Anregungen und Stellungnahmen aus der frühzeitigen und förmlichen Beteiligung sowie Feststellungsbeschluss für das Änderungsverfahren 48 MH - Sport- und Freizeitanlagen Uhlenhorstweg - in Mülheim an der Ruhr
Vorlage: B/17/3038-01

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/3038-01 bei Enthaltung der Linken Liste Fraktion zustimmend vor.

3.3. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

Auslegungsbeschluss für das Änderungsverfahren 46 E - Bottroper Straße/Hilgerstraße (Thurmfeld) -
Vorlage: B/17/3039-01

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/3039-01 bei Enthaltung der Linken Liste Fraktion zustimmend vor.

3.4. Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) der Planungsgemeinschaft Städteregion

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

on Ruhr der Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen

Auslegungsbeschluss für das Änderungsverfahren 53 GE - Gewerbepark Schalke-Nord - in Gelsenkirchen
Vorlage: B/17/3040-01

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/3040-01 bei Enthaltung der Linken Liste Fraktion zustimmend vor.

**3.5. Bebauungsplan Nr. 56 - Königshardt -
Einleitender Beschluss zur teilweisen Aufhebung des Bebauungsplans**
Vorlage: B/17/2805-01

Herr Real äußert Bedenken an der Vorgehensweise und wollte ohne Votum vorberaten lassen, da die Anhörung der Bezirksvertretung Sterkrade, nach neuem Sitzungskalender, noch nicht stattgefunden hat. In diesem Falle sieht er jedoch davon ab.

Herr Schindelasch fragt nach wie es zu der Auswahl des Grundstückes kam? Außerdem möchte er wissen in welchem Verhältnis die Nutzung der Feuerwehr zum ausgenommen Planbereich steht und ob eine Kompensation auf den Altstandort stattfinden kann?

Herr Bandel berichtet, dass alle anderen Standorte verkehrliche, ökologische oder organisatorische Nachteile zeigten und sich deswegen für das in der Nachbarschaft des Altstandortes liegende Grundstück entschieden wurde. Diese Fläche wurde bis in die siebziger Jahre als Sport-/Ascheplatz genutzt und als Friedhofserweiterungsfläche vorgesehen. Diese wird heute nicht mehr benötigt. Standortvorteile der Fläche sind z.B., dass nur wenige Bäume gefällt werden müssen und die Kompensation auf dem Grundstück stattfinden kann.

Herr Real fügt hinzu, dass das Konzept von der Freiwilligen Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr erarbeitet wurde.

Herr Dr. Palotz beschreibt, dass die Nachnutzung des Altstandortes ist bislang unklar ist.

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/2805-01 einstimmig zustimmend vor.

4. Änderungen der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates und für die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister der Stadt Oberhausen
Vorlage: B/17/2809-01

Frau Axt äußert, dass es nicht nützlich ist, dass die Bezirksvertretungen nach dem Ausschuss stattfinden.

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Real schlägt vor, dass unter den Punkten 2.2 und 2.4 das „nach Anhörung der Bezirksvertretung“ bestehen bleiben soll und die Stadtkanzlei dies in der Reihenfolge der Sitzungen beachten soll.

Herr Dr. Palotz empfiehlt einen Beschluss in zwei Stufen.

Der Ausschuss berät die Drucksache B/17/2809-01 in zwei Stufen vor. Die Änderungen unter Ziffer 2.2 und 2.4 werden mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Grünen, der Linke.Liste Fraktion und der Gruppe BOB im Rat mehrheitlich ablehnend vorberaten. Die restlichen Punkte der Drucksache B/17/2809-01 werden bei Enthaltung der Linke.Liste Fraktion zustimmend vorberaten.

5. Anträge

5.1. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt:

Mitzeichnung des Positionspapiers der Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Vorlage: A/17/3096-01

Frau Axt trägt vor, dass bereits über 500 Städte sich dem Positionspapier angeschlossen haben, um die eigenen Kompetenzen der Städte im Themenfeld Verkehr zu stärken.

Herr Osmann stellt dar, dass der Antrag seitens der CDU-Fraktion abgelehnt werden wird. Es werden zwar einige Punkte unterstützt, jedoch nicht die Forderung nach einem Flächendeckenden Tempo 30 Limit.

Herr Hoff positioniert, dass Tempobeschränkungen nur Sinn machen, wenn sie auch erforderlich sind. Das Ziel des Positionspapiers sei es nicht der Stadtverwaltung mehr Freiheiten zu geben, sondern die Bürger*innen zu beschneiden. Die Verwaltung prüft bereits heute gemäß den Maßgaben zur Sicherheit, zum Umweltschutz, zur Luft-, Lärmbelastung wo Temporeduzierungen einen positiven Effekt haben. Flächendeckende Tempo 30 Ausweisungen haben zur Folge, dass Abkürzungen durch Wohngebiete gefahren werden, der ÖPNV eingeschränkt wird und der MIV insbesondere für Arbeitnehmer*innen bei der Berufsausübung (z.B. Handwerker*innen) behindert werden. Aus diesen Gründen lehnt die Gruppe FDP den Antrag ab.

Herr Real bewertet ein autonomeres Handeln für die Städte und auch die Auswirkungen von Tempo 30 Zonen auf Anwohner*innen positiv. Allerdings sieht er auch einige Aspekte die gegen die Inhalte des Antrags sprechen. Die SPD Fraktion wird am Sonntag dazu eine Besprechung vornehmen und es wird erbeten ohne Votum vorzubereiten.

Herr Osmann bestätigt, dass es sich bei den Inhalten des Positionspapiers (Inhalten der zugehörigen Website) vornehmlich um Flächendeckendes Tempo 30 Limit handelt.

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Die Drucksache A/17/3096-01 wird ohne Votum vorberaten.

**5.2. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN und Die LINKE.LISTE gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Anmeldung Wettbewerb
Vorlage: A/17/3120-01**

Herr Real erklärt, dass der private Wettbewerb und das private Budget hier in den Vordergrund gestellt werden und dies nicht unterstützt wird.

Herr Osmann lehnt den Antrag ebenfalls ab, da die Privathaushalte in den letzten Montan bereits, in ihrem Möglichkeitsrahmen, alles tun um Energie einzusparen.

Frau Axt erläutert, dass der Wettbewerb kostenlos für die Stadt ist und einen zusätzlicher Anreiz gegeben werden soll.

Der Ausschuss berät die Drucksache A/17/3120-01 bei Enthaltung der Gruppe BOB im Rat, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der AfD-Fraktion, der Gruppe FDP im Rat ablehnend vor.

**5.3. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen: Sachstandsbericht „Entsiegelungsoffensive“
Vorlage: A/17/3166-01**

Herr Dr. Palotz berichtet, dass die Stärkung der Klimaresilienz erklärtes Ziel der Entwicklung der Stadt sei. Es gibt bspw. Keinen Förderantrag mehr, in dem Klimaanpassung und Resilienz keine Rolle mehr spielen. Entsiegelungsmaßnahmen werden vor allem über die KRIS-Förderung der Emschergenossenschaft vorgenommen. Im öffentlichen Raum ist es bereits gelebte Kultur versickerungsfähiges Pflaster und Baumrigolensysteme zu verbauen. Zwei Beispiele der Entsiegelung und Aufwertung von Freiflächen ist das Vorhaben des Quartiersparkhauses an der Düppelstraße und die Bemühungen um den Erwerb einer Fläche in Klosterhardt, zur Freiraumentwicklung.

Die Drucksache A/17/3166-01 wird zur Kenntnis genommen.

**5.4. Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Betankung städtischer Fahrzeuge mit alternativen Kraftstoffen (wie zum Beispiel HVO-100 – „Hydrotreated Vegetable Oil“)
Vorlage: A/17/3168-01**

Herr Osmann erläutert, dass HVO-100 als alternativer Kraftstoff in der EU zugelassen wurde und es dem Ziel der Treibhausgasneutralität zuträglich wäre die behördlichen

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Fahrzeuge mit HVO-100, als Alternative zu E-Fahrzeugen, zu betanken. Dies soll geprüft werden.

Herr Bandel berichtet von Gesprächen mit der WBO in dem erklärt wurde, dass die Umsetzung der Alternativbetankung bereits vor ca. 4 Monaten erfolgt ist.

Frau Axt gibt zu bedenken, dass in dem Kraftstoff Palmöl mit kritischer Herkunft enthalten ist.

Herr Osmann erwidert, dass laut Forschung bald auf den Anteil an Palmöl verzichtet werden kann.

Herr Heinzen äußert, dass der Antrag zu einem zu frühen Zeitpunkt kommt.

Herr Osmann beschreibt, dass es nicht möglich sei alle Autos bei bestehender Infrastruktur durch Autos mit Elektroantrieb zu ersetzen.

Herr Bandel vermittelt, dass das Ziel im Kern ist den Verkehr klimaneutral abwickeln zu können und jeder Versuch in diese Richtung für heute richtig ist, auch wenn es noch nicht die perfekte Lösung ist.

Herr Hoff verdeutlicht, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt, um die Alternativen zu testen.

Der Ausschuss berät die Drucksache A/17/3168-01 gegen die Stimmen der Fraktion die Grünen und der Linke. Liste Fraktion zustimmend vor.

**5.5. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt:
Gestaltungssatzung für die Markt- und Elsässer Straße
Vorlage: A/17/3197-01**

Herr Real nahm den Vortrag der Bauordnung zum Thema Werbeanlagen zum Anlass, um die Gestaltung der Marktstraße ganzheitlich in den Fokus zu nehmen.

Herr Osmann stimmt zu, dass eine Gestaltungssatzung viele Vorteile mit sich bringt. Bis jetzt verzichtete die CDU Fraktion auf die Platzierung des Themas, da die letzten Jahre von Krisen geprägt waren. Dennoch soll nun geprüft werden, ob eine Gestaltungssatzung mit den betroffenen Akteur*innen umsetzbar wäre.

Herr Heinzen begrüßt den Antrag und stimmt einer ergebnisoffenen Diskussion zu. Er würde die vorgesehene funktionale Dreiteilung der Marktstraße unterstützen und um die Achse zum Hauptbahnhof ergänzen.

Herr Hoff meldet an, dass noch Fragen an die Verwaltung bestehen und bittet darum ohne Votum vorzubereiten.

Herr Osmann bittet darum, dass der Antrag auch in der BV -Alt Oberhausen mitberaten

Stadt Oberhausen	02.03.2023 15:00 Uhr	Stadtplanungs- und Mobilitäts- ausschuss
	Wahlzeit 2020/2025	Niederschrift
17. Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

werden soll.

Herr Scherer betont, dass der Antrag bewusst offen formuliert ist und eine Gestaltungssatzung positive Auswirkungen auf Attraktivität und Handel an der Marktstraße haben kann.

Die Drucksache A/17/3197-01 wird ohne Votum vorberaten.

**5.6. Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt:
Sachstand zum Umbau der Haltestelle „Wehrstraße“ zu einer Mobilstation
Vorlage: A/17/3193-01**

Herr Sander erläutert, dass die Liste der Stationen als Empfehlung aus der Potenzialanalyse hervorgehen. Landesförderungen kann es auch für mehr oder weniger Stationen geben. Die wichtigsten Haltestellen werden zuerst angegangen. Z.B. am Bahnhof soll das Mobilitätsangebot ergänzt werden, um einen weiteren Schritt in Richtung Mobilitätswende zu schaffen. Die Mobilstationen werden je nach Bedeutung im Netz eine Abstufung in ihren Funktionen erfahren. Beispielsweise der barrierefreie Ausbau der Haltestellen wird immer dann mitgedacht, wenn eine Haltestelle saniert wird und so wird auch der Umbau zur Mobilstation erfolgen.

Herr Real fragt nach, ob es einen gemeinsamen Arbeitskreis mit der Verwaltung gibt, um die Bedarfe an den verschiedenen Haltestellen zu besprechen.

Herr Sander bestätigt, dass es einen Arbeitskreis mit **Frau Mauksch** und den entsprechenden Fachteams gibt. Außerdem fügt er noch hinzu, dass es eine Förderung nur gibt, wenn sich an das entsprechende CI-Design gehalten wird.

Die Drucksache A/17/3193-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ende der Sitzung, öffentlicher Teil: 16:06 Uhr



Vorsitzender, Frank Bandel



Schriftführerin, Dana Scheer